

Haushalt 2020 aus Sicht der ÜB-Stadtratsfraktion

(Rede von Rainer Rösch am 10.12.2019; es gilt das gesprochene Wort)

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,
sehr geehrte Vertreterinnen und Vertreter der Verwaltung,
sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen!

Selten wurde über einen Haushaltsentwurf bereits im Vorfeld so kontrovers diskutiert wie über den für das Haushaltsjahr 2020. Manche sprechen von einer inzwischen hochverschuldeten Stadt und einer "Katastrophe". Andere verweisen stolz auf das wiederkehrende Spiel von geplanten, aber dann doch nicht eingetretenen Kreditaufnahmen. Ein Teil der verbalen Zuspitzung ist sicher auch den Kommunalwahlen im März nächsten Jahres geschuldet.

Wo liegt die Wahrheit? Wie so oft in der Mitte! Eine einfache, aber wichtige Erkenntnis der Betriebswirtschaft ist: Für die Vergangenheit gibt der Kaufmann wenig bis gar nichts. Schauen wir deshalb auf die Zukunft.

Was die Ausgabenseite des Haushalts anbelangt, so teilen auch wir die Einschätzung, dass es sich hier um das Resultat von gesetzlichen Verpflichtungen und darüber hinaus um Mehrheitsbeschlüsse dieses Gremiums handelt.

Die Einnahmenseite knüpft noch nahtlos an die Vorjahre an. Wir sehen mit speziellem Blick auf die Gewerbesteuer zwei ernsthafte Themen. Für eine mögliche konjunkturelle Eintrübung – für die es erste Anzeichen gibt – kann die Stadt nichts dafür. Für eine über viele Jahre weit unter ihren Möglichkeiten arbeitende Wirtschaftsförderung dagegen schon!

Wir sprechen das Thema Wirtschaftsförderung an dieser Stelle fast jedes Jahr an. Egal ob der Oberbürgermeister von der CSU oder SPD kam – getan hat sich wenig. Hier wurde bereits viel Potenzial verschenkt: Das bedeutet insbesondere fehlende

Gewerbesteuereinnahmen zur Finanzierung der vielfältigen Leistungen unserer Stadt. Die aus unserer Sicht operativen und konzeptionellen Schwachstellen haben wir dem Oberbürgermeister im Zuge einer Stadtratsanfrage dargelegt. Wir sehen darüber hinaus auch bei der organisatorischen Aufhängung Handlungsbedarf.

Ich möchte jetzt für die ÜB-Fraktion wichtige aktuelle Einzelthemen herausgreifen:

Was das **Stadtbauamt** anbelangt, waren wir sehr überrascht von dem Vorstoß, die Martin-Huber-Straße und den Amperweg über eine Erhaltungssatzung unter besonderen Schutz stellen zu wollen. Wir sehen den kommunalen Denkmalschutz (nicht nur) hier kritisch, weil jede noch so kleine Veränderung künftig de facto vom Wohlwollen des Bauamts abhängen soll.

Wir wünschen uns vom Stadtbauamt keine kleinteilige Verbotspolitik, sondern Impulse für eine Stadtentwicklung mit planerischem Weitblick – das Ganze bei transparent gesteuertem, moderatem Wachstum.

Was uns das Thema Wachstum der Vergangenheit beschert hat, kann man am stetig steigenden Verkehrsaufkommen in der Stadt sehen. Bei der von der ÜB-Fraktion beantragten **Fortschreibung des städtischen Verkehrsentwicklungsplans** haben sich 2019 mit dem Radverkehrskonzept erneut Fortschritte eingestellt. Von einer gesamthaften Planung über alle Verkehrsträger hinweg kann noch immer keine Rede sein. Wir sehen weiterhin die Gefahr, dass am Ende größtenteils die Planungsziele des Landkreises auf die Stadt heruntergebrochen werden. Wir wollen ein eigenständiges Konzept das den individuellen Bedürfnissen der Großen Kreisstadt gerecht wird. Mit weniger werden wir uns nicht zufrieden geben!

Beim Thema **Nord-/Ostumfahrung** sehen wir durch die veränderte politische Konstellation die bereits im Juli 2014 mit deutlicher Mehrheit getroffene Grundsatzentscheidung für die Ostumfahrung in ernsthafter Gefahr.

Seinerzeit stimmten nur 8 Stadträte gegen die Ostumfahrung. Alle anderen waren für die Einleitung eines Planfeststellungsverfahrens. Dies mehrheitlich mit der Maßgabe, dass es keine Sonderbaulast für die Stadt Dachau geben darf.

Die ÜB steht zu diesem Beschluss. Wir setzen uns für Umgehungsstraßen ein, wenn sie geeignet sind, die innerstädtischen Straßen spürbar von den Folgen des überregionalen Wachstums zu entlasten. Dies bevorzugt in Kombination mit der von uns seit längerem geforderten Mobilitätsdrehscheibe an der Linie A vor den Toren Dachaus. Wenn wir schon über ein neues Parkhaus nachdenken: hier gehört es hin!

Uns wurde erst wieder im April diesen Jahres seitens der Stadt Dachau bestätigt, dass nur mit einer geeigneten Ausweichroute wirksame Maßnahmen gegen den Durchgangsverkehr möglich sind. Wir denken etwa an Pfortnerampeln am Stadtrand oder die Sperrung der Dachauer Innenstadt für den LKW-Durchgangsverkehr.

Wenn neue Umgehungsstraßen gebaut werden, dann muss es in der Dachauer Innenstadt gleichzeitig einen Umbau zu Gunsten des Radverkehrs und des ÖPNV geben. Auch dafür setzen wir uns mit voller Überzeugung ein.

Beim Wirtschaftsplan der **Stadtwerke** haben wir im Oktober länger überlegt, ob wir so zustimmen können. Ein damals erstmals sichtbarer Jahresfehlbetrag für 2020 von über 2 Millionen Euro ist schließlich kein Pappenstiel. Warum haben wir nach sorgfältiger Abwägung zugestimmt?

- Weil der Wirtschaftsplan für 2020 auch hier die Summe aller Beschlüsse der letzten Zeit darstellt. Wir stehen zu unseren Entscheidungen: beispielsweise für einen 10-Minuten-Takt auf wichtigen Buslinien, für Erdgas- statt Diesel-Busse und für umfangreiche Investitionen in fast alle Sparten unserer Stadtwerke.

- Weil im damals vorgelegten Wirtschaftsplan für 2020 ein notwendiger Zuschuss für den Verkehrsbetrieb noch nicht enthalten war. Daraus haben wir gelernt: Beschlüsse solcher Größenordnung sollen künftig nur getroffen werden, wenn die Finanzierung auch vollumfänglich steht. Wir sehen den Landkreis ausdrücklich in der Pflicht, sich angemessen und nachhaltig an dem verbesserten Angebot gemäß gemeinsamer Verkehrsplanung zu beteiligen. Was in den letzten Jahren angesichts der stattlichen Kreisumlage wieder an die Stadt Dachau zurückgekommen ist, ist – freundlich ausgedrückt – bescheiden.
- Weil die Werkleitung Einverständnis signalisiert hat, geeignete Kennzahlen zur Kosten- und Erlössituation der Stadtwerke im Kerngeschäft transparent und drittvergleichsfähig aufzubereiten. Wir beteiligen uns nicht an Mutmaßungen wo Probleme liegen könnten. Wir wollen Klarheit.

Bei der **Stadtbau** und der **VHS** sehen wir eine solide Geschäftsentwicklung. Hier werden vielfältige und wichtige gesellschaftliche Aufgaben in überzeugender Art und Weise erfüllt. Wir freuen uns, dass das Thema betreutes Wohnen auf dem MD-Gelände kommen wird und dann hoffentlich bei der Stadtbau unter bewährter Regie umgesetzt werden kann. Für uns ist betreutes Wohnen in kommunaler Hand nicht nur eine sozialpolitische Maßnahme von vielen, sondern eine ausdrückliche Wertschätzung für die Leistungen der älteren Generation.

Ebenso hoffnungsvoll sind wir, dass der in Zukunft erforderliche **Ausbau unserer Grund- und Mittelschulen zu Ganztageschulen** die Hortsituation entspannen wird. Dadurch erhalten berufstätige Eltern mehr Planungssicherheit. Trotzdem müssen wir weitere Betreuungsmöglichkeiten auf den Weg bringen, beispielsweise attraktivere Formen der Mittagsbetreuung für alle Grundschulkinder und gegebenenfalls sogar bis zur 6. Klasse. Hier sind Kooperationen mit anderen Trägern unerlässlich. Ich denke da an unsere Sportvereine.

Womit wir beim Thema **Sport** wären: lange Wartelisten bei den Sportvereinen zeugen von der Notwendigkeit, schnell zu handeln und den Neubau geplanter Sportstätten nicht weiter zu verschleppen. Ansonsten drohen der Stadt massive Kosten für die Sanierung von bereits maroden Sportstätten auf den letzten Metern. Ich möchte hier nochmals eindringlich für eine zeitliche Entkoppelung des Neubaus der Georg-Scherer-Halle von der Errichtung einer neuen Eishalle werben. In einer mobilen Eisfläche als Zwischenlösung sehen wir eine Chance und keinen Beinbruch.

Mit Blick auf die **Aussiedelung des TSV 1865** gilt aus unserer Sicht: tragfähige Lösungen leben vom aufeinander Zugehen, einem regelmäßigen persönlichen Dialog und einer ernst gemeinten Kompromissbereitschaft. Wiederholt „Kante zeigen“ über offene Briefe mag reißerische Schlagzeilen produzieren, aber sicher kein Vertrauen.

Was unabhängig vom vereinsgebundenen Sport nicht zu kurz kommen darf, ist das Thema **Freiflächen**. Insbesondere in einer Zeit wachsender Verdichtung werden nicht nur „klassische“ Kinderspielplätze gebraucht, sondern auch Bolzplätze und Angebote für alle Bevölkerungsgruppen. Ich denke hier beispielsweise an Inklusion und an unsere Senioren.

Zum Schluss möchte ich wie schon im Vorjahr feststellen: Der Haushalt bereitet uns weniger Sorgen mit Blick auf das Haushaltsjahr 2020, über das wir heute abstimmen. Unsere Zustimmung verbinden wir erneut mit einer deutlichen Mahnung: Die Stadt Dachau muss es ernsthaft schaffen wollen, die Einnahmen wieder strukturell in Übereinstimmung mit den Ausgaben zu bringen. Momentan leben wir von der Hand in den Mund und der Hoffnung, dass die Konjunktur intakt bleibt. Wir müssen das Heft des Handelns endlich selbst in die Hand nehmen. Dazu gehört zuallererst eine deutlich aktivere und wirksamere städtische Wirtschaftsförderung!

Zu Schluss gilt mein Dank erneut allen, die sich heuer für das Wohl unserer Stadt eingesetzt haben – sei es im Kleinen wie im Großen.